

Untätigkeit von Regierungsrat und Stawiko beim Schwyzer Waffenskandal?

Die Bestürzung war gross, als Mitte Juni 2018 der Tagesanzeiger einen Bericht publizierte, worin erstmals öffentlich gemutmasst wurde, dass ein Angestellter der Schwyzer Kantonspolizei illegale im Darknet Waffen- und Munitionsgeschäfte auf Kosten des Kantons getätigt haben soll. Vergangene Woche, also gut vier Monate nach der ersten Publikation, präsentierte die Finanzkontrolle des Kantons einen internen Untersuchungsbericht zu diesem Skandal. Darin wird aufgezeigt, dass im Zeitraum von 2008 bis 2017 insgesamt 60 Bestellungen von Munition in einem Wert von 180'977.- Franken festgestellt wurden, welche keinem internen Verwendungszweck zugeordnet werden konnten und dass der Leiter Logistik für sich neun alte Dienstwaffen auf Kosten des Kantons bezogen hatte. Es wird unter anderem auch darauf hingewiesen, dass ein internes Kontrollsystem (IKS) bei der Materialbeschaffung und –Bewirtschaftung gefehlt habe.

Im Bericht heisst es auch, dass die Finanzkontrolle bereits 2013 festgestellt habe, dass die entsprechenden Prozesse zu wenig strukturiert und die verwendeten IT-Systeme nicht angemessen seien. Schon damals seien Kontrolllücken und ein erhöhtes Fehlerrisiko thematisiert worden. Aufgrund dieser konkreten Hinweise erstaunt es, dass die deliktischen Handlungen über die vielen Jahre unbemerkt blieben und dass der zuständige Regierungsrat André Rüeegg erst handelte, nachdem diese publik geworden sind.

Es stellen sich darum folgende Fragen:

1. Im 2013 durchleuchtete die Finanzkontrolle die Materialbeschaffung der Kapo. Sie stiessen auf Missstände und entdeckten Lücken bei der Materialbeschaffung, die auch den Waffen- und Munitionseinkauf beinhaltet. Spätestens im März 2014 wusste die Regierung von diesen Missständen in diesem hochsensiblen Bereich. Doch während den folgenden vier Jahren haben die Kontrollen offensichtlich auf allen Ebenen versagt. **Was hat den zuständigen Regierungsrat bewogen nicht unverzüglich zu handeln? Warum hatte er auch auf die späteren Hinweise der Finanzkontrolle nicht reagiert? Warum hat die Stawiko, die ebenfalls mehrmals über die Prüfungsmängel informiert wurde, nichts unternommen?**
2. Es kann immer vorkommen, dass Angestellte das Vertrauen ihrer Vorgesetzten missbrauchen. Es darf aber nicht vorkommen, dass die Vorgesetzten Empfehlungen der Kontrollorgane missachten und nichts unternehmen. Erst recht nicht in einem solch gefährlichen Bereich und nachdem die Kontrollorgane konkrete Missstände festgestellt hatten. **Warum wurde bei Munitionskäufen das Vieraugenprinzip erst eingeführt, als die Staatsanwaltschaft eingeschritten war? Welche Konsequenzen ziehen der Regierungsrat und die Stawiko aus diesem Skandal?**
3. Im Prüfungsbericht der Finanzkontrolle werden unzählige Optimierungsmöglichkeiten der internen Abläufe und dem IKS der Polizei aufgelistet. Die Oberaufsicht durch den zuständigen Regierungsrat und die Stawiko wurde allerdings nicht untersucht. **Welche im Bericht der Finanzkontrollen empfohlenen Massnahmen werden bis wann umgesetzt? Wer ist für die Umsetzung verantwortlich? Verfügen alle anderen Departemente über entsprechende IKS und wie wird die Umsetzung und Tauglichkeit überprüft? Wie wollen der Regierungsrat und die Stawiko garantieren, dass solche Missstände nicht mehr vorkommen?**
4. Neben den nicht abschätzbaren Folgen durch die illegal in den Handel gelangte Munition, ist durch diesen Vorfall für den Kanton Schwyz und die Polizei ein Reputationsschaden entstanden. **Wer ist dafür verantwortlich und wie gedenkt der Regierungsrat das Vertrauen in die staatliche Tätigkeit und Institutionen wieder herzustellen?**
5. Der Skandal um mangelnde interne Kontrollen ist einmal mehr ein Hinweis auf Sparübungen bei der kantonalen Verwaltung. Wegen knappen personellen Ressourcen drohen auch dringende Abläufe länger zu dauern. Im konkreten Fall sind bessere interne Kontrollen über mehrere Jahre vernachlässigt worden, begründet u.a. mit einem langen krankheitsbedingten Ausfall eines Angestellten. Doch nicht nur bei der Polizei ist das Verwaltungspersonal unter Zeit- und Spardruck. **Welchen Handlungsbedarf sieht der Regierungsrat als Lehre aus dem Waffenskandal im personellen Bereich der kantonalen Verwaltung? Besteht nicht auch in anderen Bereichen Bedarf zur Schaffung von Stellvertretungen?**



KR Andreas Marty, Arth



KR Paul Furrer, Schwyz